

# Krieg ist ein Grund gegen Atomkraftwerke und sicher nicht dafür

Martin Forter,  
Geschäftsleiter AefU

Das Stimmvolk beschloss 2016 den Atomausstieg. Bundesrat Albert Rösti will den Neubau von AKW wieder möglich machen. Dafür ist ihm jedes Argument recht. Selbst der Krieg in der Ukraine. Ausgerechnet.

«Wir haben einen Krieg in Europa, der nicht jederzeit den Import von Strom zulässt», sagte Bundesrat Albert Rösti (SVP) Ende August 2024 gegenüber Fernsehen SRF.<sup>1</sup> Auch deshalb gehöre das Schweizer Bauverbot für neue Atomkraftwerke (AKW) aufgehoben. Was sich beim völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine überdeutlich zeigt, erwähnte Bundesrat Rösti mit keinem Wort: Krieg erhöht das ohnehin existierende Risiko eines schweren AKW-Unfalls massiv. Das führen die Kämpfe beim russisch besetzten ukrainischen AKW Saporischschja vor Augen. Mit seinen sechs Reaktorblöcken ist es der grösste AKW-Komplex Europas.

Ausserdem treffen in der russischen Provinz Kursk ukrainische und russische Truppen in der Nähe des AKW Kursk aufeinander. Immer wieder schlugen auf den AKW-Geländen Geschosse ein (vgl. Kasten S. 6).

## Kriegsszenarien relevant

Energieminister Rösti lässt mit seinem Plan, das Neubauverbot zu kippen, die Kriegsrisiken für Schweizer AKW ausser Acht, obwohl die beiden Eidgenössischen Kommissionen für Strahlenschutz (KSR) und ABC-Schutz (KomABC) die Gefahr thematisieren. Nur ein halbes Jahr zuvor, im Februar 2024 hielten sie in einem Be-

richt zum Handlungsbedarf im radiologischen Notfallschutz fest: «Neben den bereits bestehenden Referenzszenarien»<sup>2</sup> für einen Atomunfall seien wegen der aktuellen Situation in der Ukraine für die Schweiz «auch kriegerische Szenarien wieder relevanter geworden.»<sup>3</sup> Die Fachkommissionen fragten sich, ob auch von einem «Ultra-GAU», also von einem kriegerischen Anschlag auf ein Kernkraftwerk mit Freisetzung des gesamten radioaktiven Inventars» als möglichem Szenario auszugehen sei. Die Antwort aber liessen sie offen. Auch die Bedrohung durch Atomwaffen sei «noch immer vorhanden». Sie schliessen ihren Bericht mit der Empfehlung: «Es sollten für kriegerische Szenarien entsprechende Vorsorgeplanungen erstellt werden. Die Bedrohungsszenarien sind zu überdenken (...) und kritische Aspekte mit den betroffenen Partnern zu üben».

OEKOSKOP wollte von den beiden Kommissionen wissen, welches Szenario sie als wahrscheinlicher einschätzen:

- Ein Angriff Russlands auf die Schweiz mit Panzern und Soldaten, der – analog zur Ukraine – zu Kampfhandlungen in der Nähe der AKW Leibstadt, Gösgen, Beznau und/oder beim Zwischenlager für Atommüll in Würenlingen (Zwilag) führt? Dieses Szenario wird in Militär- und Politik-Kreisen immer wieder genannt.<sup>4</sup>
- Oder ein Angriff aus der Luft, etwa mit Drohnen, Raketen und/oder Marschflugkörpern auf eines oder mehrere Schweizer AKW?

«Ohne Kenntnis des jeweiligen Kontexts» liessen sich «zur Wahrscheinlichkeit keine belastbaren Angaben machen», antwortete

Brand im Kühlturm beim abgeschalteten AKW Saporischschja im Süden der Ukraine, nahe Nikopol im August 2024. Nach ukrainischen Angaben sollen russische Truppen das Feuer gelegt haben. © Screenshot ntv Nachrichten



Daniel Storch, Sekretär der KSR und Leiter der Sektion Radiologische Risiken im Bundesamt für Gesundheit (BAG).

### Gefahr aus der Luft

Das russische Militär werde nicht nach Mitteleuropa vorstossen, sagte dagegen kürz-

lich Mauro Mantovani, Strategieexperte an der ETH Zürich gegenüber Schweizer Radio SRF. Dazu sei es nicht in der Lage. Die Bedrohung, die von Russland ausgehe, seien Angriffe mit Drohnen, ballistischen Raketen, Marschflugkörpern sowie Cyberangriffe.<sup>4</sup> Zwar sind Angriff auf nukleare

Anlagen per humanitäres Völkerrecht verboten. Das Beispiel Ukraine zeigt aber: Das ist kein zuverlässiger Schutz. Luftangriffe könnten also vorsätzlich oder auch unbeabsichtigt Atomanlagen in der Schweiz und im benachbarten Ausland treffen.

Sind die Schweizer AKW und das Zwiilag gegen solche Angriffe aus der Luft geschützt? Respektive welche Konsequenzen hätten diese? Das wollten weder die Presseabteilungen der AKW Beznau, Gösgen, Leibstadt noch des Zwiilag beantworten. Sie verwiesen an ihren Branchenverband Swissnuclear und dieser wiederum auf Antworten des Bundesrats im Rahmen von parlamentarischen Vorstössen.

Das Eidgenössische Nuklearsicherheitssinspektorat ENSI – unsere Atomaufsichtsbehörde – dagegen räumt auf Anfrage ein: Die Schweizer AKW seien nur «bedingt gegen kriegerische Ereignisse geschützt und nicht gegen schwere militärische Mittel», wie sie beispielsweise bei einem Luftangriff zum Einsatz kommen, «ausgelegt». Welche Folgen solche «militärischen Mittel» haben könnten, darauf gab auch das ENSI keine Antwort. Das unterliege «der Geheimhaltung». Auf diese hatte sich der Bundesrat bereits 2022 in seiner (Nicht-)Antwort auf eine Interpellation von alt Nationalrätin Martina Munz (SP) berufen.<sup>10</sup> Beim Argument Geheimhaltung läuft das öffentliche Interesse regelmässig ins Leere.

Dabei lassen sich die Konsequenzen eines gezielten Angriffs auf ein AKW klar umreissen. Entscheidend ist, wie viel Radioaktivität freigesetzt würde. Im schlimmsten Fall das gesamte nukleare Inventar. Denn eine militärische Attacke könnte z. B. den Reaktor direkt zerstören. Oder indirekt, indem sie etwa die Reaktorkühlung unterbricht und so eine Kernschmelze verursacht, die das Containment schwer beschädigt. Je nach Windverhältnissen könnten weite Teile der Schweiz und Süddeutschlands verseucht werden. Allein im Umkreis von 20 Kilometern um das AKW Gösgen leben rund

## AKW mitten im Krieg

Das ukrainische Atomkraftwerk (AKW) Saporischschja ist mit seinen sechs Reaktoren der grösste Atomkomplex Europas. Im aktuellen Krieg führten Artilleriebeschuss, Drohnenangriffe und resultierende Brände mehrfach zu äusserst kritischen Situationen. Selbst die atomfreundliche Internationale Atomenergieagentur (IAEA) äussert sich deutlich. Ihr Generaldirektor Rafael Grossi rief wiederholt dazu auf, die «unverantwortlichen Angriffe, welche (...) die Gefahr eines nuklearen Unfalls erhöhen», zu beenden.<sup>5</sup>

Ähnlich prekär ist die Situation beim russischen AKW Kursk. Auch dort sei die Lage wegen der Nähe militärischer Kämpfen «ernst», so Grossi. Es drohe ebenfalls ein atomarer Zwischenfall. Dieses AKW sei zudem besonders verletzlich, da ihm – wie beim 1986 schwer havarierten AKW Tschernobyl – eine Schutzkuppel fehle.<sup>6</sup> In Tschernobyl selbst schlug kürzlich eine Drohne in den sogenannten Sarkophag des AKW.<sup>7</sup> Diese Schutzhülle soll die weiterhin strahlende Ruine abschirmen.

### Beschuss und Personal am Limit

Nebst absichtlichem und irrtümlichem Beschuss, kann auch ein Stromausfall zum Atomunfall führen. Das AKW Saporischschja wurde 2022 zwar abgeschaltet. Die Brennstäbe im Werk brauchen aber zwingend permanente Kühlung, damit sie nicht schmelzen. Wiederholt war die Anlage jedoch vom Stromnetz getrennt. Dann liefern nur noch Notstromaggregate die Kühlenergie. Die Generatoren können

ebenfalls ausfallen, sei es aufgrund von Kampfhandlungen oder weil der Diesel dafür fehlt.

Nicht zu unterschätzen ist ausserdem das erhöhte Risiko durch menschliche Fehler. Das AKW Saporischschja ist durch russisches Militär besetzt. Das reduzierte und umso stärker strapazierte ukrainischen AKW-Personal steht unter massivem Druck. Seine psychische Belastung im Kriegsgebiet und unter feindlicher Besatzung ist enorm. Auch die IAEA scheint darin eine Gefahr für die Betriebssicherheit zu sehen. Das Personal aller ukrainischen AKW ist «in Fernworkshops» darin geschult worden, «Kollegen, die mit Traumata oder Stress zu kämpfen haben, kollegiale und psychologische Unterstützung anzubieten und Initiativen zur Unterstützung der psychischen Gesundheit effektiv zu planen», teilte die IAEA im August 2024 mit.<sup>8</sup>

### Verletzlichkeit als bester Schutz?

Neun Atomreaktoren sind in der Ukraine weiterhin in Betrieb. Die russischen Truppen schädigen zwar die ukrainische Energieinfrastruktur massiv, was zu Stromausfällen führt. Die Reaktorblöcke attackieren sie aber nicht gezielt, ebenso wenig wie die ukrainische Armee die russischen AKW angreift. Der Grund dürfte bei den enormen Folgen einer nuklearen Katastrophe liegen. Je nach Windverhältnissen könnte sie weite Teile des eigenen Staatsgebietes stark radioaktiv verseuchen. «Paradoxerweise liegt in der Verletzlichkeit dieser Anlagen also auch ihr grösster Schutz», hofft das deutsche online-Magazin Telepolis.<sup>9</sup>





Keines der Schweizer Atomkraftwerke hält baulich gegen schwere militärische Angriffe Stand. Im Bild AKW Beznau, das weltweit älteste in Betrieb (seit 1969).

© AdobeStock

Das gilt auch für einen schweren Luftangriff auf ein Schweizer AKW: So wenig wahrscheinlich er scheint, so wenig ausschliessen lässt er sich. Neben menschlichem und technischem Versagen stellt Krieg also ein weiteres, grosses Risiko für die AKW-Sicherheit dar. Das ist nicht nur ein weiterer dringender Grund, keine neuen AKW zu bauen, sondern auch, die alten schnellstmöglich abzuschalten. ■

**Dr. Martin Forter** ist Geograf und seit 2011 Geschäftsleiter der AefU.

[info@aefu.ch](mailto:info@aefu.ch)  
[www.aefu.ch](http://www.aefu.ch)

480 000 Menschen, 475 000 um die Reaktoren des AKW Beznau sowie ca. 355 000 um das AKW Leibstadt. Die Einwohner:innen im angrenzenden Ausland mitgezählt, aber ohne die nicht ständige Bevölkerung.<sup>11</sup>

### So gut oder schlecht geschützt wie die übrige Schweiz

Auf die Frage von OEKOSKOP an die Armee selbst, ob sie die Atomanlagen vor Luftangriffen schützen könne, antwortet die Gruppe für Verteidigung<sup>12</sup> unter der Leitung des Chefs der Armee Thomas Süssli: «So gut oder schlecht wie den Rest der Schweiz.» Um den Schutz der Schweiz aber steht es aktuell und womöglich auch mittelfristig eher schlecht: «Unsere Luftverteidigung ist ungenügend ausgerüstet. Einem massiven Angriff mit Drohnen, Marschflugkörpern und Kampfflugzeugen könnten wir nicht lange widerstehen», sagte Albert A. Stahel, emeritierter Professor für Militärstrategien der Universität Zürich im April 2024 gegenüber der Sonntagszeitung.<sup>13</sup>

Josef Dittli, Ständerat (FDP) und ehemaliger Berufsoffizier verlangt entsprechend einen Ausbau auch der Luftverteidigung und argumentiert: «Kriegerische Konflikte wie in der Ukraine oder im Nahen Osten können eskalieren und plötzlich auch die Schweiz betreffen. Niemand weiss, was da noch alles kommt.» Der Bundesrat investiert sechs Milliarden Franken für 36 Kampfflugzeuge des Typs F-35A aus den

USA. Sie sollen ab 2028 eintreffen. Für zwei weitere Milliarden ist per 2026 das US-Luftabwehrsystem Patriot bestellt. «Die Beschaffung der Patriot-Lenk Waffen ist der erste Schritt in die richtige Richtung einer umfassenden Fliegerabwehr», so Stahel im April 2024 zur Sonntagszeitung.<sup>14</sup> Also ist die Luftverteidigung trotz dieser hohen Kosten noch lange Zeit kein umfassender Schutz für die Schweiz und folglich ihrer AKW. Selbst der Israelische «Iron Dome», das wohl aufwändigste Luftabwehrsystem der Welt, konnte nicht alle der hunderten Drohnen, ballistischen Raketen und Marschflugkörper abfangen, die der Iran im April 2024 auf das Land abfeuerte.

### Kleine Wahrscheinlichkeit, die im Notfall niemandem nützt

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Schweizer AKW absichtlich getroffen werden, dürfte derzeit relativ klein sein. Wahrscheinlichkeit sagt aber nichts über den Zeitpunkt eines Ereignisses aus. Auch die (zivilen) Atomkatastrophen in Tschernobyl (damals UdSSR, heute Ukraine, aber seit dem Krieg russisch besetztes Gebiet) und Fukushima (Japan) galten als sehr unwahrscheinlich. Neue Berechnungen nach Fukushima hatten ergeben, dass so schwere AKW-Unfälle mit diesem enormen Schadensausmass höchstens einmal in 7000 Jahren passieren.<sup>15</sup> Fact ist, sie geschahen am 26. April 1986 und am 11. März 2011.

- <sup>1</sup> Bundesrat will das AKW-Bauverbot aufheben, in: Fernsehen SRF, Tagesschau, 28.08.2024.
- <sup>2</sup> Referenzszenarien sind «Modellstörfälle», also vereinfachte mögliche Unfallverläufe aufgrund eines AKW-Schadens, deren Auswirkungen man zu antizipieren versucht, um den Notfallschutz danach auszurichten. Vgl. «Zahlenzauber mit der Wahrscheinlichkeit von Atomunfällen», in: OEKOSKOP 3/16. [www.aefu.ch/oekoskop\\_16\\_3](http://www.aefu.ch/oekoskop_16_3)
- <sup>3</sup> Eidgenössischen Kommissionen für Strahlenschutz (KSR) und ABC-Schutz (KomABC): Handlungsbedarf im Bereich des radiologischen Notfallschutzes in der Schweiz, Empfehlungen. Bern, 16.02.2024.
- <sup>4</sup> Ein realistisches Zielbild für die Schweizer Armee, in: Echo der Zeit, Radio SRF 1, 27.01.2025.
- <sup>5</sup> Kühlturm von AKW Saporischschja schwer beschädigt, in: ARD, Tagesschau, 12.08.2024.
- <sup>6</sup> Kursk-Vorstoß der Ukraine: Atombehörden-Chef warnt vor Gefahr für russisches AKW – «Lage ist ernst», in: Frankfurter Rundschau, 28.08.2024.
- <sup>7</sup> Russische Drohne schlägt in Tschernobyl-Reaktor ein, in: nau.ch, 14.02.2025.
- <sup>8</sup> <https://www.iaea.org/newscenter/pressreleases/update-240-iaea-director-general-statement-on-situation-in-ukraine>
- <sup>9</sup> Ukraine-Krieg: Atomkraftwerke im Fadenkreuz – ein gefährliches Spiel, in: Telepolis, 13.08.2024.
- <sup>10</sup> <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20223443>
- <sup>11</sup> <https://www.tomforth.co.uk/circlepopulations/>
- <sup>12</sup> Die Gruppe Verteidigung besteht aus dem Chef der Armee (zurzeit Thomas Süssli) mit seinen direktunterstellten und deren direktunterstellten Chefs und Kommandanten.
- <sup>13</sup> Schwache Flugabwehr: Schweiz ist ungenügend vor Raketen und Drohnen geschützt, in: Sonntagszeitung, 20.04.2024.
- <sup>14</sup> Im April 2024 bestanden die heutigen Unsicherheiten betreffend die Zuverlässigkeit von US-Waffensystemen unter Präsident Donald Trump allerdings noch nicht. Vgl. dazu: «Ohne Geheimcode der USA ist die Schweizer Luftabwehr blind und taub»: So hat Trump unsere Armee im Griff, in: Solothurner Zeitung, 07.03.2025.
- <sup>15</sup> Nach Fukushima stellt sich die Risikofrage neu, in: Frankfurter Allgemeine, 30.03.2011.